

Thesenpapier für 13. Bundeskongress Politische Bildung „Ungleichheiten in der Demokratie“

Panel: Europa zwischen Inklusion und Exklusion

Das Thema der sozialen Gerechtigkeit ist wohl eines der brennendsten Themen in Europa, ist doch der Ruf nach einem Sozialen Europa in den Jahren der Eurokrise vor allem im Süden Europas, aber auch in Deutschland immer vehementer geworden. Die soziale Krise ist auch Nährboden für europäischen Populismus, der nicht nur inzwischen die politische Stabilität in einigen EU-Ländern bedroht, sondern auch Spaltungspotential Europas in Nord und Süd birgt.

Die soziale Krise Europas – und die Diskussion darüber - muss natürlich eingebettet werden in die globale Debatte über Wohlstandsverteilung, wie sie nicht zuletzt durch den Bestseller von Thomas Piketty „Das Kapital im 21. Jhd.“ aufgeworfen und diskutiert wurde. Dennoch gilt es, spezifisch europäische Antworten darauf zu finden, die dem Grundsatz der politischen und sozialen Gleichheit in Europa, der eigentlich im Vertrag von Maastricht verankert ist, Rechnung tragen.

Die (ungelöste) soziale Frage – bzw. das Gefühl großer Teile der europäischen Mittelschicht abzugleiten – ist auch der Grund für die derzeitige Abschottung Europas mit Blick auf die Flüchtlingssituation im Mittelmeer; ebenso der Grund, warum die EU ihre strategischen Ressourcen – siehe Ukraine-Konflikt – nicht aufbringen und bündeln kann, um ihre zentralen Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit zu verteidigen.

Europa ist damit nach innen von (sozialer) Implosion, Populismus und Nord-/Süd-Bruch bedroht; nach außen durch Aggression und Destabilisierung des strategischen Umfeldes (Russland, ISIS...). Aus dem Gefühl der doppelten Bedrohung heraus entschließt sich Europa derzeit für eine „Politik der Schließung“, anstatt für eine „Agenda der Öffnung.“ Anspruch und Wirklichkeit europäischer Politik klaffen hier tatsächlich weit auseinander.

Überwunden werden könnte dieses Spannungsverhältnis nur, wenn Europa sich – einmal mehr und diesmal wirklich! – entschließen würde, Souveränität zu poolen, Kräfte (Macht & Geld!) zusammen zu legen, das eigene institutionelle Governance- und Eurosystem sattelfest zu machen, sodass es für seine Bürger sichtbare Politikverbesserung besonders in den Bereichen Wirtschaft und Wachstum erzielt und vor allem sozial nicht mehr so dysfunktional ist wie heute. Neben der Einkommensverteilung in der Eurofrage stellt sich hier auch die Frage der Generationendynamik: wer denkt heute wie über Europa? Dahinter steht die Beobachtung, dass es heute eine neue Generation gibt, die ganz anders über Europa denkt; junge Leute, die den Grundsatz der politischen und sozialen Gleichheit aller europäischen Bürger längst akzeptiert haben, und die darauf warten, dass Europa diesem Gleichheitsgrundsatz für alle Bürger Eurolands endlich entspricht, z.B. durch eine europäische Arbeitslosenversicherung oder die uneingeschränkte Portabilität von sozialen Rechten. Im Grunde war das schon damals beim Maastrichter Vertrag („ever closer union“) 1992 das Ziel; nämlich die Schaffung einer Fiskal- und Sozialunion mit wirklichem EU-Budget, es wurde indes nie gemacht. Das ist im Grunde genau der strittige Punkt der aktuellen

Diskussion über Griechenland und das „bail-out“, wobei in der öffentlichen Diskussion oft übersehen wird, dass es eigentlich um eine systemische Krise geht, die alle Euroländer betrifft: Wirtschaft und Demokratie, Markt und Staat wurden damals entkoppelt und müssen jetzt auf europäischer Ebene zusammengeführt werden. Ziel muss es sein, diese systemische Krise sichtbar zu machen und zu zeigen, dass die Lösung der Krise letztlich nur in der Schaffung einer transnationalen europäischen Demokratie liegen kann, die auf dem de facto bereits konstitutionalisierten Gleichheitsgrundsatz aller europäischen BürgerInnen beruht und in der die europäischen Institutionen zu einer Demokratie weiter entwickelt werden müssen, die dem Montesquieu'schen Grundsatz der Gewaltenteilung genügt. Dazu müsste der Parlamentarismus innerhalb der Eurozone anders organisiert, die Legitimität der nationalen Parlamente mit der des Europäischen Parlaments verknüpft, beide Parlamentsebenen miteinander verschränkt werden.

Der französische Soziologe Pierre Rosanvallon hat dazu einmal geschrieben: „Wir denken, Demokratie heißt Partizipation; aber eigentlich geht es bei der Demokratie um die Gestaltung sozialer Körper“. Es muss darum gehen, über neue politisch-institutionelle Strukturen auf europäischer Ebene nachzudenken, die den Wesensgehalt von Demokratie, nämlich die Schaffung eines funktionierenden und akzeptierten sozialen Körpers auf europäischer Ebene durch horizontale Vergesellschaftungsprozesse, ermöglichen und befördern. Es geht um die Gestaltung eines auch sozial- und steuerpolitisch einheitlichen Ordnungsrahmens für die Eurozone, die politisch-institutionell neu aufgestellt werden muss.

Dabei sind folgende Fragen auch wichtig: welche kulturelle und historische Bedingtheit hat Demokratie, wo sind hier unsere Schnittmengen in Europa? Diese Frage muss man auf die Wirtschaftspolitik ausdehnen, denn entgegen der vielfach diskutierten Zahlenspiele um Rettungsfonds und Griechenlandhilfen liegt einer Volkswirtschaft eine Kultur zu Grunde (und nicht nur eine makro-ökonomische Bilanzierung. Mittelstand, duales Ausbildungssystem, Gewerkschaften, Steuersystem, Exporte etc, das sind vor allem sozio-kulturelle Pfadabhängigkeiten, und über deren Kompatibilität - und mögliche Kompromisse - in Euroland müssen wir uns jetzt verständigen, wenn es uns mit dem Euro und damit dem Erhalt eines auf der Weltbühne starken und geeinten Europa ernst ist. Dabei kann es nicht darum gehen, den anderen Eurostaaten das sozio-kulturelle Modell Deutschlands aufzudrücken: Europa finden hieße hier, Schnittmengen auszuloten. Dabei könnte z.B. festgestellt werden, dass die politische Idee der Republik die tragende Idee der europäischen Geistesgeschichte ist - vielleicht könnte man sich das für die kulturelle Schnittmenge eines neugedachten demokratischen Systems in Europa zu eigen machen. Gemäß dem Motto „*res publica europea*“ („öffentliches Gut Europa“): was ist das öffentliche Gut Europas und wie organisieren wir unser aller Teilnahme an den aggregierten Gewinnen, z.B. an dem aggregierten Gewinn des Euro (bisher seit Einführung 2002 ca. 300 Mrd Euro, die nur sehr ungleich innerhalb der Eurozone verteilt wurden). Welche strategischen Güter wollen wir in Europa und welche wollen wir schützen? Welchen „*contrat social*“ für Europa, welches Gesellschaftsmodell, welches Verhältnis zwischen Markt und Staat für die Eurozone? Das sind jetzt die Fragen, die post-Eurokrise auf den Tisch müssen. Wenn wir Antworten finden, hätten wir ein Stückchen Europa mehr gefunden.....im Sinne der politischen und sozialen Gleichheit aller Bewohner von Euroland: es geht jetzt in Europa nicht mehr darum, Staaten zu integrieren, sondern Bürger zu einen.